



Gewerkschaft der Polizei

www.gdp-saarland.de

Kaiserstr. 258 * 66133 Saarbrücken

„Organisationsentwicklung“ in der saarländischen Polizei

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem am Samstag in der Saarbrücker Zeitung über eine bevorstehende Organisationsreform bei der saarländischen Polizei berichtet wurde und ich später dazu um ein Interview bei SR 3 gebeten wurde, will ich heute die Gelegenheit wahrnehmen, Euch in Sachen Organisationsentwicklung über den Stand der Dinge zu informieren.

Bereits vor Monaten nutzten unsere Vorsitzenden der örtlichen Personalräte die Gelegenheit, gemeinsam mit dem Leiter der Landespolizeidirektion, Paul Haben, die eklatante Personalmisere in der Polizei der Innenministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, darzustellen. Wir berichteten umfassend in Deutsche Polizei, Landesteil Saarland.

Hierauf aufbauend stellten Vertreter des GdP-Landesvorstandes am 14. August 2007 in einem zweistündigen Gespräch der Ministerin nochmals dar, wie dramatisch die Personalsituation in der saarländischen Polizei ist und dass es dringenden, ja sofortigen Handlungsbedarf gibt.

Unter anderem sprachen wir intensiv über die möglichen „Stellschrauben“, die kurz-, mittel- und langfristig Wirkung auf die aktuelle Gesamtbelastungssituation entfalten können. Hierzu gehörten etwa die deutliche Anhebung der Einstellungsquoten bei Vollzugsbeamten, die ergänzende Ausweitung der Einstellung von Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten (etwa im Zusammenhang mit der dauerhaften Wahrnehmung der Aufgabe „System- und Anwenderbetreuer SAB“), die Bewertung des Zusammenhangs zwischen Qualität und Quantität des polizeilichen Stellenplans,

die Auswirkungen von Organisationsveränderungen auf den Personalbedarf usw.

Die Ministerin wies ihrerseits darauf hin, dass jede „Stellschraube“, die mit höheren finanziellen Belastungen für den Landeshaushalt verbunden ist, angesichts der Haushaltsnotlage nur schwer realisierbar sei.

Sie habe darüber hinaus einer polizeiabteilungsinternen Arbeitsgruppe unter Leitung von Harald Jenal (AG POG) bereits im Sommer 2006 den Auftrag erteilt, die damaligen Evaluierungsergebnisse der AG „Polizei 2000 plus neu“ im Hinblick auf zu ergreifende Konsequenzen zu bewerten und ihr geeignete Vorschläge zu unterbreiten.

Der entsprechende Bericht sei ihr vor wenigen Tagen vorgelegt worden. Sie habe nun die Absicht, alsbald den Behördenleitern sowie den Vorsitzenden von HPR und PHPR den annähernd 150 Seiten umfassenden Bericht vorzulegen, in einem ersten Erörterungsgespräch zu bewerten und danach einen mehrmonatigen offenen Diskussionsprozess in der Polizei einzuleiten.

Am Mittwoch der vergangenen Woche gingen – wie angekündigt - den Vorsitzenden der o.g. Personalräte, Karl Recktenwald und Reinhold Schmitt, sowie den Behördenleitern die jeweiligen Berichte zu. Für heute ist die Ersterörterung mit den Behördenleitern und für morgen mit den Personalratsvorsitzenden anberaumt.

Aufgrund der Kürze der Zeit und des Umfangs des Berichtes war unsererseits bislang nur eine Erstanalyse möglich.

Eine zentrale Rolle bei der Analyse der Lage durch die AG POG spielt die quantitative und strukturelle Personalentwicklung in der saarländischen Polizei. In einer

wirklich schonungslosen Offenheit wird das hier vorliegende Demografie-Problem beschrieben. So wird etwa festgestellt, dass derzeit das Durchschnittsalter aller saarländischen Polizeivollzugsbeamten 42,8 Jahre beträgt, aber rund ein Drittel jetzt bereits älter als 50 Jahre ist. Für den Fall der Beibehaltung von 55 Neueinstellungen pro Jahr wird für das Jahresende 2011 ein Durchschnittsalter von 44 Jahren und ein Anteil von 40 % der über 50 Jährigen prognostiziert. Im Ergebnis stellt die AG POG fest, dass die Funktionsfähigkeit der saarländischen Polizei nach ihrer Einschätzung ab dem Jahre 2012 gefährdet und ab dem Jahre 2015 nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre, wenn nicht an verschiedenen Stellen Veränderungen erfolgten. Genauso macht sie deutlich, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit das interne Demografie-Problem noch verschärfen würde.

In der Konsequenz wird im Wesentlichen empfohlen, sich bereits ab dem Jahre 2007 auf eine kontinuierliche jährliche Einstellungsgröße von 72 Polizeivollzugsbeamten festzulegen sowie kurz und mittelfristig 50 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte bzw. Verwaltungsbeamte zu schaffen und zu besetzen.

Darüber hinaus werden umfassend die Wirkzusammenhänge zwischen Aufbauorganisation und Personalbelastung bzw. –bedarf aufgezeigt. Weil mit dem vorgenannten Einstellungskorridor von 72 jährlich im Jahre 2015 nur noch ein Gesamt-Personalbestand von rund 2800 (inkl. Auszubildende) zuzüglich 50 Tarifbeschäftigte/ Verwaltungsbeamte existierte, sollten spätestens für das Jahr 2011 Organisationsveränderungsprozesse ins Auge gefasst werden: „... dass es mittelfristig unabdingbar sein wird, die aktuelle Aufbau- und Ablauforganisation der Vollzugs-polizei des Saarlandes grundlegend fort-zuentwickeln ...“. Diese Organisationsveränderungsprozesse könnten im Wesentlichen Konzentrationsprozesse auf unterschiedlichsten Ebenen sein (z.B. Wegfall einer Hierarchieebene auf Ebene der Behördenleitungen). Hierbei mache es insbesondere Sinn, in starkem Maße auf die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem

Wirkbetrieb der künftigen Führungs- und Lagezentrale (FLZ) zu reflektieren. Dies könne fundiert aber erst ab dem Jahre 2010 geschehen, weil nur ein mindestens einjähriger Betrieb valide Bewertungen zulässt und der Echt-Betrieb erst im Jahre 2009 starten wird.

Für die Zwischenzeit werden etliche kurz- und mittelfristig zu ergreifende Maßnahmen angedacht, die teilweise auf den Evaluierungsergebnissen der „AG Polizei 2000 plus neu“ aufbauen, teilweise aber auch auf von der AG POG selbst generierte bzw. definierte Handlungsfelder reflektieren.

So wird etwa empfohlen, bei allen Polizeiinspektionen „bedarfsorientierte teil- oder vollflexible Dienstzeitmodelle einzuführen“ oder etwa mittelfristig „unter Beibehaltung der Wahrnehmung der Zentralstellenaufgaben und der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe „Rauschgift Zoll/ Polizei“ im LKA die Aufgaben des SG LKA 432 in die LPD zu verlagern und bei der KPI anzusiedeln.

Schließlich empfiehlt die AG POG, eine Kommission zur Erarbeitung eines Feinkonzeptes „Entwicklung der Polizeiorganisation bis zum Jahre 2015“ einzurichten, die möglichst Anfang 2008 ihre Arbeit aufnehmen sollte. Dabei geht die AG POG davon aus, dass unter Berücksichtigung der Wirkungen der FLZ im Jahre 2010 „Entscheidungen zur Veränderung von Standorten oder Strukturen von Dienststellen in der Fläche möglich wären“. Ein solches „Feinkonzept“ sollte schließlich so erarbeitet sein, dass - vor dem Hintergrund der ab dem Jahre 2012 verstärkt einsetzenden Ruhestandsversetzungen - das entsprechende Organisationsmodell 2015 bereits im Jahr 2011 umgesetzt werden kann.

Im Sinne einer kurzfristigen Erstbewertung lässt sich aus meiner Sicht Folgendes zu dem Papier der AG POG sagen:

1. In schonungsloser Offenheit wird die Personalsituation der saarländischen Polizei beschrieben. Damit wird hochoffiziell bestätigt, was die GdP schon seit Jahren

nahezu gebetsmühlenartig feststellte: Wir stehen am Rande der Belastbarkeit, uns droht ein Alterskollaps, wir brauchen die politisch vor den letzten Wahlen zugesagten mindestes 85 Neueinstellungen pro Jahr!!!

2. Die Neuorganisation 2001, die im Wesentlichen auf eine Stärkung der polizeilichen Präsenz in der Fläche angelegt war, ging von einem Personalbestand von 2900 Vollzugsbeamten in der Operative zuzüglich der Auszubildenden aus. Zu diesem Zweck waren jährliche Einstellungen von mindestens 85 angekündigt. Jetzt festzustellen, dass aufgrund der Haushaltsnotlage allenfalls ein kontinuierlicher Einstellungskorridor von 72 jährlich realisierbar sei, führt in den kommenden 8 Jahren, also bis zum Jahre 2015, zu einem Personalverlust in einer Größenordnung von 250 im Verhältnis zum derzeitigen Status. In Bezug auf die ursprüngliche Größenordnung von 2900 in der Operative wird gar ein Defizit von über 300 hingenommen, denn 72 Neueinstellungen im Jahr (nach 60 in 2005 und 55 in 2006) reduzieren den Personalbestand in 2015 auf unter 2600 in der Operative. Es liegt daher nahe, die von der AG POG entwickelte Konzeption als fachlich und wissenschaftlich begründetes Personalabbaukonzept zu verstehen.
3. **Wenn die CDU-Landesregierung es nach wie vor ernst meint mit ihrer Botschaft, die innere Sicherheit als besonders wichtiges Gut zu sehen und die Polizei zu stärken und zu unterstützen, muss sie aus den vorliegenden Untersuchungen der AG POG andere Konsequenzen ziehen. Kontinuierliche Einstellungsgrößenordnungen von 90 - 100 pro Jahr, und das schon in diesem Jahr, sind die logische und richtige Folgerung aus der erkannten Misere.**
4. Wir in der GdP werden uns einer ergebnisoffenen Diskussion zur Aufbau- und Ablauforganisation nicht verschließen. Nein, wir werden sie konstruktiv-kritisch begleiten. Wir haben dabei klare Auffassungen zu Einzelfragen und werden dabei natürlich auch unsere personalrätlichen Möglichkeiten einsetzen. Dies gilt insbe-

sondere etwa für das Thema „Dienstzeitgestaltung“.

5. Klaus Meiser wird nach derzeit vorliegenden Informationen am 03. September 2007 das Amt des saarländischen Innenministers übernehmen. Danach wird er gefordert sein, die notwendigen politischen Weichenstellungen vorzunehmen, auch und gerade im Hinblick auf die aus der Untersuchung der AG POG zu ziehenden Konsequenzen. Wir von der GdP werden dies mit großer konstruktiv-kritischer Aufmerksamkeit beobachten und begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es wird in den kommenden Wochen und Monaten notwendig sein, das Untersuchungsergebnis der AG POG einer umfassenden Bewertung und Diskussion zu unterziehen. Ich wünsche mir, dass sich hieran möglichst viele beteiligen und nicht nur die „Faust in der Tasche“ ballen. Insbesondere die bevorstehenden Personal- und GdP-Mitgliederversammlungen solltet ihr als Forum nutzen, Eure Meinung kundzutun. Unsere GdP-Aufgabe ist es, die Meinungen aufzunehmen und in geeigneter Form an die polizeilich und politisch Verantwortlichen heranzutragen. Dass dies in der notwendigen und der jeweiligen Entwicklung angemessenen Form geschehen wird, will ich schon jetzt gerne versprechen. Sollte es erforderlich werden, dabei auch deutlichen Protest zu äußern, will ich bereits jetzt Eure Unterstützung einfordern.

Mit kollegialen Grüßen



Hugo Müller, GdP-Landesvorsitzender